

weitergereicht an: am:	Beschluss-Nr.: 2011/036
Gremium: Kreistag Sitzung: 15. Sitzung des Kreistages des Landkreises Leipzig	Aktenzeichen: Vorlage-Nr.: 2011/036/3 Datum: 04.05.2011
aufgehoben/geändert am:	durch Beschl.-Nr.:

Beschlussgegenstand

Jugendhilfeplanung des Landkreises Leipzig
Fachstandards zum Teilfachplan 2 „Erziehungsberatung gemäß § 28 SGB
VIII im Landkreis Leipzig“

Beschlusstext

Der Kreistag beschließt

die als Anlage beigefügten Fachstandards zum Teilfachplan 2 der Jugendhilfeplanung
„Erziehungsberatung gemäß § 28 SGB VIII im Landkreis Leipzig“.

Diese treten mit Wirkung vom 01.07.2011 in Kraft.

gez.
Dr. Gerhard Gey
Landrat - Siegel -

II. Fachstandard: Erziehungsberatungsstellen im Landkreis Leipzig

II.1. Allgemeines

Durch die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung wurden Empfehlungen¹ zur fachlichen und organisatorischen Ausgestaltung der Arbeit der Erziehungsberatungsstellen verabschiedet. Die hier verankerten Anforderungen gelten als bundesweite Richtlinie und sollen zu wesentlichen Teilen auch im Landkreis Leipzig Anwendung finden.

Der nachfolgende Fachstandard stellt den Mindestanspruch des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe an die Erziehungsberatungsstellen im Landkreis Leipzig dar. Die Einhaltung des Fachstandards ist die Voraussetzung zur finanziellen Förderung des Angebotes durch den Landkreis Leipzig.

II.2. Gesetzliche Grundlagen

- § 28 SGB VIII Erziehungsberatung
- § 17 SGB VIII Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung
- § 18 SGB VIII Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge
- § 16 SGB VIII Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

II.3. Zielgruppen von Erziehungsberatung

- Kinder, Jugendliche, junge Volljährige,
- Eltern, sonstige Erziehungsberechtigte

II.4. Zielstellung von Erziehungsberatung

Die spezifischen Ziele der Erziehungsberatung sind:

- Frühzeitige, niedrigschwellige und lebensweltorientierte Hilfe
- Stärkung der Ressourcen und Selbsthilfekräfte der Familien und ihrer Mitglieder
- Klärung von konflikthaft empfundenen individuellen und familialen Situationen
- Bewältigung von Problemlagen, Krisen und Störungen
- Einleitung von eventuell erforderlichen weiteren Hilfen
- fachliche Weiterentwicklung und **Vernetzung** des Jugendhilfesystems

II.5. Allgemeine Rahmenbedingungen:

- Projektträger von Erziehungsberatungsstellen sollten anerkannter Träger der freien Jugendhilfe sein.
- Betreuungsumfang und Kontakthäufigkeit orientieren sich am Bedarf der Klienten und werden individuell vereinbart.
- Erziehungsberatungsstellen sind für sämtliche Bevölkerungsschichten zugänglich.
- Die Inanspruchnahme des Beratungsangebotes beruht auf Freiwilligkeit und ist kostenfrei.
- Die Beratungsstelle betreibt kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und informiert mittels Faltblättern und Internet über das Beratungsangebot.

II.6. Arbeitsansatz und Methode

Die Beratungsstelle arbeitet auf der Grundlage einer Konzeption. Diese ist mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe abgestimmt und wird jährlich fortgeschrieben.

Zu den fachlichen Grundsätzen der Erziehungsberatung zählt der ganzheitlich organisierte Beratungs- und Unterstützungsprozess unter Anwendung der nachstehenden **einzelfallbezogenen Methoden**:

¹ Vgl. Qualitätsprodukt Erziehungsberatung

- systemische Einzel- und Familienberatung;
- systemische Einzel-, Gruppen- und Familientherapie² ;
- Mediation zur außergerichtlichen Klärung von Umgangs- und Trennungskonflikten;
- Begleitung von Umgangskontakten von Eltern/-teilen zur ihren getrennt lebenden Kindern;
- psychologische und psychosoziale Diagnostik und Beratung;
- Gruppenarbeit;
- Krisenintervention, Konfliktmoderation;
- Arbeit mit dem sozialen Umfeld;
- Kooperation mit dem Jugendamt und anderen Institutionen im Rahmen des Hilfeplanverfahrens;
- Teilnahme an bzw. Einberufung von Helferkonferenzen.

Darüber hinaus arbeiten Erziehungsberatungsstellen auch **einzelfallübergreifend**:

- Kooperation und Vernetzung mit anderen Trägern und Institutionen zur gezielten Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit (z.B. im Rahmen der Facharbeitsgruppe);
- Mitwirkung an Maßnahmen zur Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie im Sinne des § 16 SGB VIII;
- Mitwirkung an der Umsetzung des Schutzauftrages vor Kindeswohlgefährdung durch Tätigwerden als insoweit erfahrene Fachkraft.

II.7. Personelle Rahmenbedingungen

In einer Erziehungsberatungsstelle ist ein multidisziplinäres Team mit mindestens **drei beraterischen Fachkräften** tätig. Diese weisen jeweils eine der nachfolgend benannten grundlegenden Qualifikation nach:

- Diplom-PsychologIn,
- Diplom-SozialarbeiterIn/-SozialpädagogIn, Bachelor of Arts Soziale Arbeit / Master of Arts Soziale Arbeit
- Diplom-PädagogIn mit sozialpädagogischem oder heilpädagogischem Ausbildungsschwerpunkt,
- Magister Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpädagogik oder
- Fachkraft zur beratenden oder therapeutischen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Eltern (z.B. HeilpädagogIn, Familien- und LebensberaterIn)
- oder einen vergleichbaren (sozial-)pädagogischen Fachschul-/ (Fach-)hochschulabschluss.

Im Einzelfall ist die Beschäftigung anderer Fachkräfte nach Zustimmung des Jugendamtes möglich. Bei entsprechendem Bedarf sollen anderweitig qualifizierte Fachkräfte jedoch in der Regel auf Honorarbasis tätig werden.

Die beraterischen Fachkräfte sind mit unterschiedlichen Diagnose-, Beratungs- sowie Behandlungs- und Therapiemethoden vertraut und sollen auf die Erziehungsberatung bezogene Zusatzqualifikationen besitzen. Mindestens eine beraterische Fachkraft der Erziehungsberatungsstelle verfügt über eine Qualifikation als **Mediator**.

Das Team der Beratungsstelle soll darüber hinaus über die nachfolgend aufgeführten **persönlichen und sozialen Kompetenzen** verfügen:

- entwicklungspsychologische, psychodiagnostische und psychopathologische Kenntnisse,
- Wissen über familiäre Lebensformen und soziale Bedingungen, Kenntnisse der Soziologie des Jugendalters,

² Dyskalkulie-Training nach § 35a SGB VIII und sonstige therapeutische Angebote im Zusammenhang mit Teilleistungsstörungen werden nur im mit dem Jugendamt abgestimmten Einzelfall durchgeführt.

- Kenntnisse hinsichtlich systemischen Handelns in der Sozialarbeit sowie zu verschiedenen Beratungstechniken,
- Kenntnisse im Kinder- und Jugendhilferecht und im Familienrecht³,
- Kenntnisse zu weiteren Angeboten der Jugendhilfe im Sozialraum und im Landkreis Leipzig,
- Durchsetzungsvermögen und Konfliktfähigkeit,
- Kooperationsfähigkeit, Einfühlungsvermögen und Geduld,
- Flexibilität, hohe Belastbarkeit und Bereitschaft zur flexiblen Arbeitszeitregelung,
- Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstreflexion der Tätigkeit und des Verhaltens.

Zur Reflexion der täglichen Arbeit wird den MitarbeiterInnen ferner die Möglichkeit zur regelmäßigen Teilnahme an Maßnahmen der **Supervision** und fachlichen Qualifizierung in Form von **Fort- und Weiterbildung** sowie Fachaustausch geboten.

Beratungsstellen mit mindestens drei sozialversicherungspflichtig beschäftigten beraterischen Fachkräften mit einem Arbeitsvolumen von insgesamt mindestens 80 Wochenarbeitsstunden (entspricht 2,0 VzÄ) sollten eine **Verwaltungskraft** mit bis zu 20 Wochenarbeitsstunden (entspricht 0,5 VzÄ) beschäftigen.

II.8. Zugang und Öffnungszeiten

Erziehungsberatungsstellen sollen insbesondere in den **zentralen Orten** des Landkreises bestehen (Mittelzentren). Um eine kleinräumige Versorgungsstruktur mit Möglichkeit der wohnortnahen Angebotslandschaft vorzuhalten, sollen die Erziehungsberatungsstellen **Außenstellen** betreiben. Deren Lage und Öffnungszeiten sollen dem örtlichen Bedarf entsprechen und sind mit der Verwaltung des Jugendamtes abzustimmen. Grundsätzlich soll in jedem Sozialraum des Landkreises Leipzig ein entsprechendes Beratungsangebot vorhanden sein.

Für **die Beratungsstellen** gelten folgende Maßgaben:

- Die wöchentliche **Öffnungszeit** beträgt mindestens **25 Stunden**
- Über den Anteil der Termine, die außerhalb der Öffnungszeiten stattfinden, entscheidet das Team in Abhängigkeit vom örtlichen Bedarf.
- Die Gestaltung der Öffnungs- und Beratungszeiten soll so erfolgen, dass eine Inanspruchnahme auch durch berufstätige Eltern möglich ist.
- In besonderen, mit dem Jugendamt abgestimmten Einzelfällen, sollte die Durchführung des begleiteten Umganges auch **am Samstag** gewährleistet sein.
- Die **telefonische Erreichbarkeit des Hauptsitzes der** Beratungsstelle besteht an **4 Tagen pro Woche** für täglich mindestens **4 Stunden**.
- Nach der Anmeldung soll jedes **Erstgespräch** innerhalb von höchstens **4 Wochen** stattfinden. Bei erforderlicher **Krisenintervention** sind **kurzfristige** Termine sicherzustellen.
- Die Vereinbarung von Folgeterminen soll sich an den Bedarfslagen der Klienten und dem zu bearbeitenden Thema orientieren.

II.9. Räumliche und technische Ausstattung

- Gute Erreichbarkeit der Beratungsstellen, insbesondere durch Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel,
- Ein Arbeitsraum je Vollzeitkraft, ein Verwaltungsbereich, ein Warteraum sowie ein Raum mit der Möglichkeit der Gruppenarbeit bzw. Therapie, Sanitäranlagen,
- Ausstattung mit Test-, Spiel-, Therapie- und Beschäftigungsmaterial sowie notwendiger Fachliteratur,
- PC – Technik, Telefon mit Anrufbeantworter, Faxgerät, Internetanschluss

³ Vgl. auch Sächsisches Landesamt für Familie und Soziales (Hrsg.): Empfehlung zur Ausstattung von Erziehungsberatungsstellen und Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern in Sachsen, S. 8 f..

In Außenstellen, in denen jeweils nur ein(e) MitarbeiterIn eingesetzt ist, soll der vorhandene Beratungsraum gleichzeitig für Therapiezwecke und Gruppenarbeit geeignet sein. Für eine Außenstelle sollen insgesamt maximal zwei Räume beansprucht werden. Erforderliches Arbeitsmaterial ist in den Außenstellen bereitzustellen.

II.10. Qualitätssicherung

Die BeraterInnen arbeiten nach dem Diskretionsprinzip, insbesondere nach dem Grundsatz der Verschwiegenheit.

Das Führen von Basisdokumentationen ist Pflicht.

Die Erziehungsberatungsstellen beteiligen sich an der Bundes- und Landesjugendhilfestatistik sowie an der einheitlichen Jahresstatistikerfassung der Beratungsstellen im Landkreis Leipzig.

Die BeraterInnen kooperieren zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit den Einrichtungen und Diensten der freien und öffentlichen Jugendhilfe.

II.11. Finanzierung:

Die Finanzierung der Personal- und Sachkostenzuschüsse erfolgt aus Haushaltsmitteln des Freistaates Sachsen im Rahmen der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) zur Unterstützung örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe (FRL Jugendpauschale) und aus Haushaltsmitteln des Landkreises Leipzig in Form einer Projektförderung auf der Grundlage des § 74 SGB VIII.

Personalausgaben für beraterische Fachkräfte werden ausschließlich für Fachkräfte, die die Qualifikationsvoraussetzungen entsprechend dieses Fachstandards erfüllen, als zuwendungsfähig anerkannt.

Die fachliche Eignung gemäß den Anforderungen der auszuübenden Tätigkeiten ist mittels eines entsprechenden Qualifikationsnachweises zu belegen.

Personalausgaben für beraterische Fachkräfte und Verwaltungspersonal können maximal bis zur Höhe der Personalausgaben des öffentlichen Trägers für eine vergleichbare Stelle bezuschusst werden. Die für den Maßnahmeträger geltenden tarifrechtlichen Bestimmungen bzw. arbeitsrechtlichen Verpflichtungen sind der Bewilligungsbehörde auf Verlangen vorzulegen.

Der Anteil des Landkreises Leipzig an den Sachkosten – hierzu zählen Personalnebenkosten (Fortbildungskosten), inhaltliche Kosten, Verwaltungs- und Sachkosten, Betreiberkosten sowie Kosten für Ausstattung und Reparaturen - soll jährlich insgesamt **4.500,00 Euro pro vollzeitlich tätiger beraterischer Fachkraft** nicht übersteigen. Dabei wird eine vollständige, mindestens jedoch anteilige Übernahme der Mietkosten sowie eine Beteiligung an den Betriebskosten für den Hauptsitz und die Außenstellen der Beratungsstellen durch die jeweilige kreisangehörige Stadt/Gemeinde, in der das Beratungsangebot seinen Standort hat, angestrebt.

Zur Durchführung der Supervision wird durch den Landkreis Leipzig ein Betrag von 500 EUR pro Beratungsstelle zur Verfügung gestellt.

Der Träger der Maßnahme hat eine seinen Verhältnissen und seiner Finanzkraft angemessene Eigenleistung⁴ zu erbringen. Bei der Entscheidung über die Höhe der Eigenleistung ist der dem jeweiligen Träger zumutbare Einsatz an finanziellen Mitteln zu berücksichtigen.

⁴ Eigenleistungen sind eigene Mittel des Trägers, Spenden und sonstige Zuflüsse, die der Träger zur Durchführung einer Maßnahme zur Verfügung stellt, sowie unentgeltliche Dienstleistungen der einzelnen Mitglieder bzw. MitarbeiterInnen. Zu den Eigenleistungen zählen ferner geldwerte Leistungen wie die Bereitstellung von Räumlichkeiten, Geräten oder Material.